

Die Positionen der FDP Lilienthal zu den aktuellen Fragen und Problemstellungen der Kommunalpolitik

Libérale Gedanken

Wir, die FDP Lilienthal treten zur Kommunalwahl 2006 an, weil wir überzeugt sind, dass wir künftige Entscheidungen zum Wohle unserer Gemeinde beeinflussen werden. Wir wollen zusammen mit Ihnen, den Bürger/innen Verantwortung für unsere Gemeinde übernehmen. Denn Liberalismus bedeutet Freiheit zur Verantwortung anstatt Freiheit von Verantwortung. Alle denen dies aus dem Herzen spricht fordern wir auf sich mit uns zu engagieren und Politik mitzugestalten oder uns durch ihr Vertrauen zu unterstützen.

5 Pluspunkte für Familie, Bildung und Wirtschaft

Lilienthal ist lebenswert, für Jung und Alt: Kindergärten, Krippe, Hort, Ganztagsplätze, gut ausgestattete Grundschulen, die neue Haupt/Realschule als Ganztagschule, das Gymnasium Lilienthal, Kinderakademie, Jugendzentrum, Hallenbad, Sport- und Freizeitangebote, Bücherei, VHS, Seniorentreffs, Kulturevents und eine breite Palette von Vereinsaktivitäten.

Aber wir wollen mehr: Lilienthal soll für Familien die attraktivste Kommune im niedersächsischen Umland von Bremen werden.

Aus dem Strauß unserer politischen Zielvorstellungen haben wir die 5 wichtigsten Punkte herausgesucht, die Lilienthal in seiner Entwicklung voranbringen werden, und in denen der Einzelne auch seinen persönlichen Vorteil erkennen kann und unter der Überschrift 5 Pluspunkte für Familie, Bildung und Wirtschaft zusammengefasst.

Diese 5 Pluspunkte und unserer weiteren Vorstellungen zur Ratsarbeit in den nächsten fünf Jahren stellen wir Ihnen auf den folgenden Seiten vor.

PLUSPUNKT NR. 1: Verlässliches NEIN zur Straßenbahn

- damit Lilienthal eine lebenswerte Gemeinde mit eigenem Charakter und Ortsbild bleibt.
- damit unsere Verschuldung gebremst wird und Geld für wirklich wichtige Zukunftsaufgaben bleibt.
- damit die schnellen und direkten Buslinien 630 und 670 nicht am Falkenberger Kreuz abgeschnitten werden.
- damit keine weiteren Arbeitsplätze und Existenzen gefährdet werden.
- damit unsere Abhängigkeit von Bremen nicht weiter erhöht wird.

Seit der letzten Kommunalwahl in 2001 und dem vorausgegangenen Wahlkampf steht die FDP verlässlich zur Aussage: NEIN zur Linie 4.

Gründe der Ablehnung sind die negativen mittel- und langfristigen Auswirkungen der Straßenbahn auf Lilienthals Wirtschaft, Kultur, Arbeitsmarkt, Umwelt, Ortsbild und der katastrophale Einfluss auf das finanzielle Leistungsvermögen der Gemeinde Lilienthal. Obwohl Bund und Land einen hohen Zuschuss in Aussicht stellen, wird eine finanzielle Last in noch nicht bekannter Millionenhöhe (> 10 Mio.€) bei der Gemeinde Lilienthal verbleiben und unsere bereits extreme Verschuldung weiter in die Höhe treiben. Die jährlichen Unterhalts- und Betriebskosten kommen noch hinzu. Folge wären schmerzhaftes Einschnitte bei allen übrigen Leistungen für die Bürger.

Statt der Linie 4 wollen wir die Beibehaltung und Verstärkung der direkten Busverbindung 630 und 670 zur Universität, zum Technologiepark und zum Hauptbahnhof Bremen. Denn wir halten das in jedem Fall für die bessere und finanziell tragbare Lösung. Sie berücksichtigt wesentlich besser die Beförderungsbedürfnisse der vielen Pendler aus Lilienthal und auch der betroffenen Umlandgemeinden Worpswede, Tarmstedt und Grasberg etc. Für eine Wirtschaftlichkeitsprüfung eines zusätzlichen Ringverkehrs, der weitere Ortsteile Lilienthals und das Gewerbegebiet an den ÖPNV anschließt, setzen wir uns ein.

PLUSPUNKT NR. 2: Familie bekommt Vorrang

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen und die Benachteiligung Alleinerziehender und Paare mit Kindern zu reduzieren ist es unsere gesellschaftliche Aufgabe ein am Bedarf der verschiedenen Familiensituationen und der sich verändernden Gesellschaftsstrukturen orientiertes Angebot an Kindergarten-Hort- und Krippenplätzen als Gemeinde verlässlich aufrechtzuerhalten. Die anerkannte Notwendigkeit der frühkindlichen Bildung auch durch vorschulische Einrichtungen muss bei der Ausgestaltung unserer Angebote den entsprechenden Niederschlag finden.

- Deshalb wir wollen wir realisieren, worüber schon viele in Niedersachsen sprechen: der Regelkindergartenplatz für Kinder zwischen 3 und 6 Jahren wird für die Eltern kostenlos. Diese Investition würde nicht nur den Familien und Kindern dienen, sondern würde zugleich die Attraktivität Lilienthals für junge Familien enorm erhöhen.
- Deshalb streben wir zudem den Aufbau eines „Lokalen Bündnisses für Familien“ an, um die örtlichen Rahmenbedingungen für Familien weiter zu verbessern und ein rund um familienfreundliches Klima zu schaffen.

PLUSPUNKT NR. 3: Mehr Transparenz - Mehr Information

Durch die zunehmende Auslagerung von Zuständigkeiten in kommunale GmbHs und Holdings wird es für die Bürger immer schwerer nachzuvollziehen, wer wo Verantwortung trägt und bei welchen Entscheidungen mitwirken. Die Aufgaben

werden aber auch in diesen Gremien im Auftrage des Souveräns, der Bürger, wahrgenommen und deshalb hat er ein Recht auf umfassende Information. Alles klagt über die zunehmende Politikverdrossenheit, wer sich nicht öffnet, braucht sich nicht wundern.

- Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass dem Bürger unbürokratisch und offen, ausführliche und über gesetzliche Vorgaben hinausgehende Informationen zur Verfügung gestellt werden.
- Deshalb wollen wir ein öffentliches Funktionsträgerverzeichnis (Wer macht was in welchem Gremium).
- Deshalb fordern wir, dass Entscheidungen in kommunalen GmbHs für Bürger transparent werden.

PLUSPUNKT NR. 4: Attraktive Ortskerngestaltung

Dieser Punkt wird sicher bei allen Lilienthaler Parteien zu finden sein. Allein wie man Attraktivität definiert, wird der Unterschied sein und hier wollen wir dem Wähler klar die Unterschiede aufzeigen: Wir wollen ganz sicher nicht die Schlafstadt am Rande der Großstadt werden aus der die Bürger mit der Straßenbahn durch einen von Leerständen gekennzeichneten Ort nach Bremen zum Einkaufen fahren.

Deshalb attraktive Ortskerngestaltung:

- durch Verkehrsentslastung mit der Ortsumgehungsstraße.
- durch mehr Angebotsvielfalt mit großflächigem Einzelhandel im Ortskern.
- durch klare Priorität: Handel und Dienstleistung gehören ins Zentrum.
- durch Schaffen von zusätzlichen kostenlosen Parkplätzen.
- durch optimale Erreichbarkeit für alle Verkehrsteilnehmer statt 24 neuer Ampelanlagen durch die Linie 4.

PLUSPUNKT NR. 5: Verzicht auf Hundesteuer für weniger Bürokratie und mehr Attraktivität

Lilienthal ist „pleite“ – auch dieses Jahr wieder fehlen ca. 1,5 Mio. €, um die laufenden Ausgaben des Kämmers zu decken. Wird da nicht jeder Cent dringend benötigt? Ja und nein. Die Einnahme aus der Hundesteuer beträgt nicht einmal 1 % der anteiligen Einkommenssteuer Lilienthals und ist somit nicht mehr als der bekannte „Tropfen auf den heißen Stein“. Lilienthal kann es nur dadurch besser gehen, dass die anteiligen Einkommenssteuern und Umsatzsteuern verteilt nach Schlüsselzahlen und der Einwohnerzahl steigen. Um das zu erreichen, braucht es nicht immer kostenaufwendige öffentliche Einrichtungen:

Viele junge Familien, aber auch viele ältere Menschen, haben einen Hund und die Abschaffung der Hundesteuer (zumindest für den ersten Hund) würde für breite Bevölkerungskreise eine willkommene Erleichterung im Steuerdschungel bedeuten

und sich weit mehr herumsprechen und Aufsehen erregen, als manch teure Investition in öffentliche Bauten. Dies würde eine deutlich steigende Attraktivität unseres Ortes und damit mehr Einwohner, insbesondere junge Familien, nach sich ziehen – und somit im Ergebnis weit mehr Geld einbringen, als es auf den ersten Blick unmittelbar kostet. Zudem entfällt der kostenintensive Verwaltungs- und Überprüfungsaufwand für die Steuererhebung. Weniger an Bürokratie und Steuern wäre also auch hier mehr an Attraktivität und Gesamtergebnis!

Selbstverständlich beziehen wir als Lilienthaler FDP über diese 5 Punkte hinaus, die wir in den Mittelpunkt des Wahlkampfes 2006 gestellt haben, auch zu viel andern Themenkreisen eine feste Position. Beispielhaft seien einige im Folgenden aufgeführt:

Arbeitsplatzsicherung und Wirtschaftsförderung

Bei Investitionsmaßnahmen der Gemeinde ist darauf zu achten, dass diese wirtschaftsfördernd und arbeitsplatzsichernd wirken, um die Wirtschaftskraft und die Einnahmesituation unserer Kommune zu stärken. Zusätzlich sehen wir die Schaffung gesunder Rahmenbedingungen wie ausreichende Gewerbegebietsflächen, eine gute Verkehrsanbindung, die positive Außenpräsentation Lilienthals und die partnerschaftliche Kommunikationsbereitschaft zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung als unsere Aufgabenstellung, um den Standort Lilienthal für Handel, Gewerbe und neue Technologien attraktiv zu gestalten. Handel und Dienstleistung haben für uns im Zentrum absolute Priorität, um Kaufkraftabfluss und weitere Leerstände zu verhindern.

Die Gewerbeflächen müssen professionell vermarktet werden. Wirtschaftsförderung ist nicht allein Sache des Landkreises. Lilienthal muss künftig eine aktive Rolle übernehmen. Die Gewerbeflächen müssen professionell vermarktet werden. Wer in der konkurrierenden Situation mit den Nachbargemeinden bestehen will, muss interessierten Wirtschaftsbetrieben schnelle Verfahrensabläufe mit zugesagten Bearbeitungszeiten zusichern. Das werden wir für Lilienthal im Rat einfordern.

Entlastungsstraße

Die weiteren Bauabschnitte der Entlastungsstraße müssen zügig und vollständig realisiert werden. Denn wir sehen in ihr die Voraussetzung für eine wirtschaftliche und städtebauliche Weiterentwicklung Lilienthals. Da sich die Mehrheit der Lilienthaler Bevölkerung für die Entlastungsstraße ausgesprochen hat und von deren Folgewirkungen profitieren wird, ist es gerechtfertigt die knappen finanziellen Mittel dafür weiter einzusetzen. Mögliche Einsparungen durch Veränderungen in der Ausführung und in den Ausbaustandards bei den einzelnen Bauabschnitten sind jedoch konsequent zu prüfen und durchzuführen. Nicht benötigte, gemeindeeigene Grundstücke an der E- Straße sollen vorteilhaft veräußert werden, um das für die Straße aufgewendete Kapital zu reduzieren.

Die direkte Anbindung unserer Entlastungsstraße über die so genannte Hollerlandtrasse an die A 27 halten wir weiterhin für notwendig, um Rückstaus zu

vermeiden und für unsere bestehenden und neu hinzukommenden Gewerbegebietsflächen den nötigen schnellen Anschluss ans BAB – Netz zu erhalten.

Haushaltskonsolidierung

Wir sehen uns weiterhin in der Verantwortung die langjährig praktizierte Gefälligkeitspolitik zu beenden, die nur dem augenblicklichen Begehren nützt und nachfolgende Generationen unnötig belastet. Denn auch in den letzten fünf Jahren gab es keinen Antrag oder Begehren, wofür es letztendlich nicht eine wie auch immer geartete Mehrheit gab. Bei einer Gesamtverschuldung Lilienthals von 46 Mio. € darf es keine weitere jährliche Nettoneuverschuldung mehr geben. Deshalb müssen Gefälligkeitsentscheidungen und Großprojekte die verzichtbar sind, oder unsere Gemeinde auf lange Zeit belasten ohne wirtschaftlichen Nutzen zu bringen, solange ausgeschlossen oder zurückgestellt werden, bis ein Haushaltsausgleich wieder möglich ist. Bei allen finanzträchtigen Entscheidungen muss die Kostentransparenz für Rat und Öffentlichkeit künftig voll gegeben sein und eine langfristige Folgekostenbetrachtung muss zwingend vorgelegt werden.

Leitbild

Um Lilienthal angesichts der knappen Finanzen dennoch in Richtung Zukunft weiter entwickeln zu können, müssen endlich gemeinsam Prioritäten für unseren Ort gesetzt werden: Um in diesem Sinne eine Struktur und eine Ziel orientierte Haushaltsplanung aufzubauen, braucht die Gemeinde Lilienthal endlich ein Leitbild für alle Teilbereiche und einen damit verbundenen Maßnahmenkatalog. Es ist wichtig, dass die Bürger geeignete Möglichkeiten der Mitwirkung erhalten und der Prozess transparent ist. Datengrundlage dafür muss das Gutachten zur Bevölkerungs- und Gemeinbedarfsentwicklung sein. Daraus wird ein Prioritätenkatalog abgeleitet und eine darauf aufbauende, verbindliche, mehrjährige Finanzplanung erstellt, die unsere Ziele und unsere dafür verfügbaren Mittel in Einklang bringen.

Förderung des bürgerschaftlichen Engagements

Bürger/innen gestalten durch ihre ehrenamtlichen Aktivitäten in den Bereichen Bildung, Soziales, Sport, Kultur u.v.m. die Lebensqualität in unserer Kommune und gestalten lebendige Gemeinschaft.

Als öffentliche oder private Dienstleistungen wären diese weder zu steuern noch zu finanzieren. Freiwillig Engagierte stehen für Mitbürger/innen, die nicht allein auf Versorgung durch Staat und öffentliche Einrichtungen warten, sondern die Eigenverantwortung, Eigenaktivität, Selbsthilfe und Partizipation in den Vordergrund stellen. Ziel einer unterstützenden Politik wie wir sie verstehen, ist bestehendes freiwilliges Engagement zu erleichtern, wo Bereitschaft signalisiert wird. Eine weitere finanzielle Belastung der Vereine durch steigende Gebühren für die Nutzung unserer Einrichtungen lehnen wir deshalb ab.

Die Einrichtung und Gründung von Stiftungen begrüßen und unterstützen wir.

Schulen

Bildung ist Zukunftsvorsorge. Denn Bildung, Aus- und Fortbildung sind die Voraussetzung für Lebensqualität und sichern die Wettbewerbsfähigkeit des Einzelnen und der Gemeinschaft. Die Gemeinde Lilienthal hält ein vielseitiges Bildungsangebot vor. Einhergehend mit der Schulstrukturreform hat die Gemeinde ihre Schullandschaft weiterentwickelt und viel in die Ausstattung der Schulen investiert. Unbedingt und umgehend umgesetzt werden muss jetzt als nächster Baustein die Komplettsanierung des Gymnasiums Lilienthal durch den Schulträger Landkreis Osterholz. Aber auch der Tatsache der deutlich sinkenden Schülerzahlen beginnend im Primarbereich muss sich endlich gestellt werden. Schon seit Jahren fordern wir das ein. Denn Lilienthal hält zur Gesamtschülerzahl überproportional viele Grundschulen vor und hat dennoch in die Neubauten und Erweiterungen in Frankenburg und Seebergen investiert. Es ist jetzt dringend an der Zeit einen Maßnahmenplan zu entwickeln um auf das durch das Gutachten zur Bevölkerungs- und Gemeinbedarfsentwicklung prognostiziert starke Absinken der Schülerzahlen zu reagieren.

Jugendangebote

Ansprechende Angebote für Jugendliche vorzuhalten ist eine wichtige Aufgabe unserer Kommune, um diese Altersgruppe nicht in die Lücke zwischen Kinder- und Erwachsenenbereich fallen zu lassen und sie nachhaltig an ihre Heimatgemeinde zu binden.

Eine breite Vielfalt von Angeboten, orientiert an den verschiedenen Bedürfnissen von Jugendlichen, ist erstrebenswert, aber alleine von der Gemeinde nicht zu leisten. Deshalb muss eine Vernetzung der Angebote und Strukturen, wie vereinsgebundener, integrativer, geschlechtsspezifischer, beratungsorientierten, ausbildungsorientierten bis zur offenen Jugendarbeit im Vordergrund stehen. Den Kontakt mit und die Beteiligung an Politik von Jugendlichen ist wichtig, um das Verständnis und die Bereitschaft an politischer Mitwirkung zu fördern und im Dialog zu sein. Da sich die dauerhafte Etablierung des Jugendparlamentes als problematisch erwies schlagen wir ein so genanntes Jugendforum (vgl. Bremen) das regelmäßig durchgeführt wird, vor, und in dessen Rahmen die Jugendlichen ihre Wünsche und Zielsetzungen für Lilienthal erarbeiten, der Öffentlichkeit vorstellen und in die politischen Gremien einbringen können. Wichtig ist dabei ein ehrlicher und offener Umgang mit den Wünschen der Jugend und deren Machbarkeit. Um weitere Endlos-Projekte wie die Skaterbahn auszuschließen, müssten dann verbindliche Zielvereinbarungen abgeschlossen werden, also was, bis wann und unter welchen Bedingungen umgesetzt werden soll, um auch eine Verbindlichkeit herzustellen.

Viele Jugendliche empfinden das politische Handeln als undurchschaubar und fühlen sich machtlos nach dem Motto „ich kann eh nichts ausrichten“. Darum sollte mehr Nähe geschaffen werden durch eine stärkere Anbindung der kommunalen Politik an Schulen und bei schulischen Projekten. Die Initiative zu einem regelmäßigen Austausch sollte von beiden Seiten, Schule und beispielsweise jugendpolitische Sprecher, ausgehen.

Oft haben Jugendliche mit Migrationshintergrund oder aus einem sozial schwachen Haushalt, bekannter Weise schlechtere Chancen auf einen guten Schulabschluss, einen Ausbildungsplatz zu bekommen oder ein Studium zu absolvieren. Initiativen auf kommunaler, privater, kirchlicher oder Vereinsbasis brauchen unsere Unterstützung für Angebote, die helfen vorhandene Defizite aufzuarbeiten. Auch „Patenschaften“ für Jugendliche durch Einzelpersonen oder Firmen könnten den Ausbildungsweg und den Übergang von Schule zu Beruf erleichtern.

Integration von ausländischen & behinderten Jugendlichen

Projekte, um Rassenfeindlichkeit und nationalspezifischen Gruppenbildungen zu begegnen, Schulfeste mit landesspezifischen Ständen, multinationale Projektstage an den Schulen, die sich mit der Kultur, Religion, Gebräuchen der Länder beschäftigen, aus denen die Schüler kommen und das aktive Miteinbeziehen von Jugendlichen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen verstehen wir als selbstverständlich.

Senioren

Der allgemeine Trend der Demographie ist auch für Lilienthal zutreffend. Das für die Gemeinde Lilienthal erstellte Gutachten zur Bevölkerungs- und Gemeinbedarfsentwicklung stellt heraus, dass die starke Zunahme der über 65-Jährigen bis zum Jahr 2010 um zwei Drittel, für uns als Gemeinde vermutlich die größte Herausforderung in sozialpolitischer und planerischer Hinsicht sein wird.

Die Generation der so genannten „ Jungen Alten“ ist eine aktive, erlebnis- und kommunikationsorientierte Generation. Dadurch werden insbesondere kommunikative Einrichtungen wie Kulturzentren und Freizeitangebote stärker an Bedeutung gewinnen. Bereits vorhandene und gut funktionierende Strukturen müssen dem angepasst werden. Senioren müssen die Möglichkeit haben, ihr Leben so lange wie möglich selbständig zu bestimmen und zu gestalten Der Ausbau freier und privater ambulanter Hilfseinrichtungen, die verschiedenen Formen für altengerechtes und betreutes Wohnen sind dem Bedarf entsprechend zu unterstützen.

Kultur

Wenn auch die Bezuschussung im Kulturbereich weiter zu prüfen und wenn vertretbar umzusetzen ist, wollen wir die vorhandenen Kulturangebote der Gemeinde (Murkens Hof, VHS, Bücherei) in ihrer Grundsubstanz erhalten. Sie sind ein Teil der kommunalen Daseinsvorsorge und stellen einen Großteil an Lebensqualität dar. Es ist die Kultur, die eine besondere Identifikation der Bürger mit ihrer Gemeinde herbeiführt und eine hohe Bedeutung als Kommunikationsfaktor im gemeindlichen Leben einnimmt. Eine Aufgabe kultureller Teilbereiche ist nicht vertretbar; Kultur ist Bildung.

Chancengleichheit

Die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Es gibt aber immer noch auf vielen Gebieten zahlreiche Hindernisse, die Frauen eine aktive und gleichberechtigte Mitwirkung erschweren. Zudem tragen Frauen immer noch den größten Anteil bei der Kindererziehung.

Um hier zu praxisorientierten Veränderungen der Rahmenbedingungen für Eltern und insbesondere für Frauen zu kommen ist es unabdingbar, dass mehr Frauen in partnerschaftlich getragene politische Verantwortung einbezogen werden.

Frauen sollten deshalb mutig sich und ihre Belange in den Entscheidungsgremien selbst vertreten und etwaige Stolpersteine im Vorfeld konsequent ausräumen.

Dafür sind Netzwerke sehr dienlich. Ein solches Netzwerk könnte ein Kommunales Frauentreff sein, der engagierten Frauen die Möglichkeit gibt sich auszutauschen und neue Impulse zu setzen.

Ausweisung von Baugebieten

Um die negative Bilanz der Bevölkerungsentwicklungen unserer Gemeinde, abzufedern und ihr entgegenzuwirken, ist auch die Ausweisung von weiterem Bauland nötig. Um der Zersiedelung aktiv entgegen zu wirken, soll dies entweder möglichst zentrumsnah oder innerhalb gewachsener Ortsteile geschehen, wo auch die entsprechende Infrastruktur bereits vorhanden ist. Mit einem neuen Kataster möglicher Baulandflächen, versehen mit Prioritäten und Zeitschiene stellt die geordnete und sinnvolle Ausweisung sicher. Eine wesentliche Aufgabe ist aber auch Sorge dafür zu tragen, dass in Siedlungsgebieten in denen durch vermehrten altersbedingten Eigentümerwechsel Zuzug gewährleistet ist.

Umwelt

Die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen für die nachfolgenden Generationen muss unser aller Ziel sein. Das Bewusstsein der Verantwortung jedes einzelnen dafür ist ausschlaggebend für den Erhalt einer intakten und gesundheitsverträglichen Umwelt. Wer die Umwelt nicht kennt, dem fehlt auch der Anreiz sie zu schützen. Deshalb soll der Mensch nicht aus der Natur ausgesperrt werden. Politik setzt hierbei die Rahmenbedingungen.

Beim Energiesparen und dem Einsatz regenerativer Energien sollte die Kommune mit gutem Beispiel vorangehen. Deshalb sind erforderliche Energiesparmaßnahmen unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Aspekte umzusetzen. Ein Pilotprojekt wie die Installation einer Photovoltaikanlage als Anschauungsmodell für den Unterricht aber auch für die Nachahmung im privaten Haushalt auf einem gemeindeeigenen Gebäude ist ein Vorschlag unsererseits in diese Richtung.